

Editorial

Mehr als zehn Jahre nach dem Zusammenbruch des Sozialismus sind die Auswirkungen der Transformationsprozesse auf die Organisation von Geschlechterverhältnissen noch immer weitgehend unerforscht. Diese Lücke verweist nicht nur auf eine wissenschaftsinterne Schwachstelle, sondern muss auch deshalb dringend ausgefüllt werden, weil daran Fragen hängen, die das „Haus Europa“ und seine geschlechtersensible zivilgesellschaftliche Gestaltung betreffen, wie z.B. Regulska und Rueschemeyer in diesem Heft zeigen können. Dass das einen internationalen, komparativen Diskurs voraussetzt, ist so selbstverständlich wie bisher uneingelöst. Das vorliegende Heft kann die Forschungslücken nicht schließen, es will aber auf das Problem und den Forschungsbedarf aufmerksam machen. Thematisch führt es eine Debatte fort, die mit der 1999 durchgeführten internationalen Konferenz „Gender in Transition ...“, veranstaltet vom Zentrum für interdisziplinäre Frauenforschung an der Humboldt-Universität zu Berlin initiiert wurde.¹ Die Beiträge von Irene Dölling, Joanna Regulska und Marilyn Rueschemeyer in diesem Heft resultieren direkt aus dieser Konferenz.

Die mit den Transformationsprozessen verbundenen Veränderungen werden in der Frauen- und Geschlechterforschung generell wie in den hier versammelten Beiträgen als hochgradig widersprüchlich diskutiert, weil sie durch mindestens zwei zentrale Faktoren bestimmt sind. Sie basieren zum einen auf national-historischen Kontexten und damit verbundenen „nationalen Geschlechterordnungen“, die sich auch in die gesellschaftlichen Strukturen des Staatssozialismus eingelagert hatten. Die Geschlechterverhältnisse waren – im Vergleich zu den westlich-kapitalistischen Ländern – z.T. durch einen ambivalenten „Gleichstellungsvorsprung“ (Geiß-

ler 1996) der Frauen (vor allem in der Erwerbsarbeit) charakterisiert. In den meisten sozialistischen Ländern begünstigte eine entsprechend breit angelegte Sozialpolitik die Vereinbarkeit von Frauenerwerbsarbeit und Mutterschaft. Zum anderen ist die Transformation heute mit einer westlichen „Pfadabhängigkeit“ verknüpft, d.h. sie unterliegt einem Anpassungsdruck an die westliche Marktwirtschaft, die sich allerdings selbst in einem gravierenden Wandlungsprozess befindet: Durch Umbrüche der Produktion, Arbeit und Arbeitsmärkte zerfällt das idealtypische (westeuropäische) Geschlechtermodell des männlichen Ernährers und der weiblichen Familienerhalterin sowie die auf Männer und Frauen zugeschriebene Polarität von „Öffentlichkeit“ und „Privatheit“. Was das für den Strukturierungsprozess von „Öffentlichkeit“ und „Privatheit“ (nicht nur) in den postsozialistischen Ländern bedeutet, ist weitgehend ungeklärt. Die Beiträge von Dölling und Peinl/Völker problematisieren die Ambivalenzen dieses mehrdimensionalen Transformationsprozesses am Beispiel (Ost-) Deutschland, wobei Dölling eher allgemeine gesellschaftliche Veränderungsprozesse bezogen auf Geschlechterverhältnisse analysiert und Peinl/Völker ein betriebliches Fallbeispiel näher betrachten, die Deutsche Bahn AG als ein Unternehmen, das einen Integrations- wie zugleich einen Privatisierungsprozess zu bewältigen hat. Peinl/Völker zeigen, welche Konsequenzen das für weibliche, zumeist ostdeutsche Beschäftigte hat und welche Inklusions- bzw. Exklusionsmechanismen darin eingelagert sind. Der Beitrag von Kuhlmann/Matthies schließt daran unmittelbar an, auch wenn er Transformation nicht im Sinne von Wandlungsprozessen im Ost-West-Vergleich fokussiert, sondern Geschlechterasymmetrien in der sich auf der Geschlechterachse nur zögerlich bewegen-

den Bundesrepublik Deutschland diskutiert, und zwar am Beispiel außeruniversitärer Forschungsinstitute.

Integration – Desintegration; Inklusion – Exklusion; Ent- und Begrenzung sind Begriffspaare, die sich durch alle hier versammelten Beiträge ziehen. Auch das sind Indikatoren für „Gender in Transition“, einen Transformationsprozess, der widersprüchliche multivariate Effekte bezüglich der Geschlechterverhältnisse hat. Die dichotomen Begriffspaare lassen sich demzufolge längst nicht mehr linear auf Männer versus Frauen übertragen oder in die Formel bannen: Frauen sind die Verliererinnen – Männer die Gewinner der Transformation. Zu dieser Einsicht hat ganz wesentlich beigetragen, dass die Frauen- und Geschlechterforschung sich zunehmend globalen, internationalen Entwicklungen zugewendet und die Frage der Ethnizität in ihre Forschung aufgenommen hat. Allerdings gilt bis heute, dass die Auswirkungen von Globalisierung, Europäisierung und Transformation in aller Regel unter einer reduktionistischen Perspektive auf Frauen als eine Gesamtheit von (negativ) Betroffenen, als „Opfer“ diskutiert werden. Weitgehend ausgeblendet bleiben bisher Fragen nach Differenzierungsprozessen unter Frauen und die Tatsache, dass bestimmte Gruppen von Frauen – vermittelt über Nationalität, Ethnizität, Klasse, Qualifikation etc. – von den im nationalstaatlichen Rahmen ablaufenden Globalisierungs- bzw. Europäisierungsprozessen profitieren, während andere marginalisiert und ausgegrenzt oder als Niedriglohn-Reserve instrumentalisiert werden. Globalisierung, Europäisierung und Transformation führen anscheinend einerseits zu Angleichungsprozessen, andererseits zu massiven sozialen Polarisierungsprozessen, beispielsweise zwischen Mitgliedsländern der EU und Beitrittsländern (Regulski), aber auch unter Frauen im Rahmen jeweiliger Nationalstaaten (Dölling, Peinl/Völker).

Wie Rueschemeyer in ihrem Beitrag zeigt, verändert sich mit den Transformationsprozessen in Ost- und Mitteleuropa vor allem die Verortung von Frauen in politischen Macht- und Entscheidungsstrukturen. Der Zusammenbruch des Sozialismus hat mehrheitlich zu einer Einschränkung der politi-

schen Partizipation von Frauen geführt. Die Ablösung einer auf Quoten-Proporz beruhenden Zusammensetzung in den Parlamenten, die den Frauen in den meisten Staaten eine Beteiligung von ca. einem Drittel sicherte, durch das „Konkurrenzprinzip“ führte in diesen Ländern dazu, dass der Frauenanteil in den Parlamenten auf eine kaum noch sichtbare Größe schrumpfte. Wie Rueschemeyer aber zurecht bemerkt, war der hohe Frauenanteil in den Parlamenten der ehemals sozialistischen Länder nicht gleichbedeutend mit einer Sensibilisierung für Fraueninteressen oder Gender issues. Die Veränderungen des politischen Systems in Ost- und Mitteleuropa durch demokratische Wahlen werden in der feministischen Forschung mit dem Begriff „male democracies“ gefasst. Damit wird auf einen widersprüchlich verlaufenden Demokratisierungsprozess in den Transformationsgesellschaften verwiesen: Einerseits bedeutet der Übergang zu einem demokratischen Mehrparteiensystem die Etablierung von Bürgerrechten (auch) für Frauen, andererseits werden ihre Interessen, Forderungen und spezifischen Probleme durch Marginalisierung zumeist – und nicht selten stärker als vorher – ignoriert. Dieser zwiespältige Prozess wiederholt sich – folgt man der Argumentation von Regulski – anscheinend auch auf europäischer Ebene; die EU-Osterweiterung scheint ein Beispiel dafür zu sein).

Ein weiteres gemeinsames Merkmal der ehemals sozialistischen Staaten war das Fehlen einer eigenständigen, vom Staat unabhängigen Frauenbewegung. Zwar waren Frauen in den Dissidenten- und Oppositionsgruppen aktiv, dort dominierten jedoch allgemeine zivilgesellschaftliche Forderungen nach Demokratisierung, freien Wahlen, Presse-, Versammlungs- und Reisefreiheit. Nach 1989 sind zwar eine Reihe von Frauenorganisationen entstanden, diese sind jedoch in ihren Forderungen, Zielen sowie in ihren Aktionsformen höchst heterogen (Rueschemeyer). Das Spektrum reicht von politischen Wahlbündnissen, Fraueninitiativen, Frauengruppen in Berufsverbänden, im Wissenschafts- und Kulturbereich, NGOs bis hin zu Selbsterfahrungsgruppen. Entsprechend unterschiedlich stellt sich auch ihre Auseinandersetzung mit westlichen (feministischen)

Konzepten und Strategien dar. Dennoch zeichnen sich eine Vielzahl von Positionen zur Chancengleichheitspolitik in Ost- und Mitteleuropa dadurch aus, dass sie die in westlichen Gesellschaftskontexten generierten (feministischen) Konzepte aufnehmen. Inwieweit diese Anleihen einen adäquaten Rahmen für Umbruchsprozesse von Geschlechterverhältnissen in den postsozialistischen Ländern bieten, ist durchaus offen und wird – wie in dem Beitrag von Regulska – kontrovers und polemisch diskutiert.

Das vorliegende Heft bündelt, wie sich leicht erkennen lässt, sehr heterogene Beiträge. Das scheint dem „state of the art“ auf dem Feld der Frauen- und Geschlechterforschung durchaus zu entsprechen. Wenn da-

mit der Forschungs- und Diskussionsbedarf transparent gemacht und die wissenschaftliche Auseinandersetzung angeregt werden kann, wären wichtige Ziele dieses Schwerpunktheftes erreicht.

Hildegard Maria Nickel

Anmerkung

- 1 Gabriele Jähnert/Jana Gorisch/Daphne Hahn/Hildegard Maria Nickel/Iris Peinl/Kathrin Schäffgen (Hrsg.) (2000): *Gender in Transition in Eastern and Central Europe Proceedings*. Berlin: trafoverlag.